

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 65
Juni
2010

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

Diese Woche brechen dramatische Kürzungsnachrichten über die Soldaten der Bundeswehr herein. Sie werden in mehreren Kommandeurtagungen über deren Grundlinien informiert. Es ist wohl erst der Anfang des Schreckens. Die deutschen Streitkräfte stehen vor einem Umbruch, der von der Dimension her durchaus der Neugründung der Bundeswehr vor über einem halben Jahrhundert entspricht.

Die neue Bundeswehr wird sich von der vormaligen fundamental unterscheiden – in der Größe, in den Aufgaben, in der Wehrverfassung. Es ist bemerkenswert, dass Verteidigungsminister Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg in seiner Grundsatzrede zu den anstehenden Veränderungen an der Führungsakademie der Bundeswehr und der Kommandeurtagung der Streitkräftebasis am 26. Mai 2010 in Hamburg wie sein erster Vorgänger – Verteidigungsminister Blank – den großen Streitkräfte reformer und geistigen Vater der Politisch Militärischen Gesellschaft Gerhard von Scharnhorst gleich mehrfach als prominente Referenz nutzt. „Ich glaube allerdings, dass wir in so einem signifikanten Moment auch in unserer eigenen Geschichte angekommen sind, dass wir mehr und mehr gefordert sind ... offen die Dinge auszusprechen. Den offenen Diskurs zu suchen und möglicherweise auch mit dem Blick auf andere Kabinettsmitglieder und auf die gesamte Bundesregierung vielleicht ein Beispiel dahingehend zu setzen, dass man auch seiner Verantwortung versucht gerecht zu werden.“

Er fährt dann fort: „Ich darf, obwohl ich das eigentlich ungern mache, mit einem Zitat beginnen, ... ein Zitat, was vielleicht etwas sperrig klingen mag, ... das trotzdem eine große Kraft in sich trägt: »Ich habe es oft gesehen, wie armselig diejenigen an Hilfsmitteln sind, welche nur aus den selbst gesehenen Tatsachen ihre Belehrung ziehen, wie unentschlüssig und furchtsam sie sind, etwas zu tun, was die Natur der Sache erfordert, aber nicht in ihrer Laufbahn vorgekommen ist sie wagen vielleicht nie eine kühne Idee, weil kein ähnlicher

Fall aus der Geschichte, mit Glück gekrönt, ihnen das nötige Selbstvertrauen gibt.«

Wahrlich sperrig und trotzdem sehr aussagekräftig. Aus Furchtsamkeit etwas nicht zu tun, was zwar die Natur der Sache erfordert, aber was in der Laufbahn nicht vorgekommen ist; nie eine kühne Idee wagen! Was Scharnhorst als Beobachtung in Theorie geschrieben hat, ist das genaue Gegenteil dessen, wofür wir hier an der Führungsakademie Soldaten ausbilden.“

Die Botschaften des Ministers – Mut haben, Verantwortung tragen, Beispiel geben – sind gut gewählt und mit Blick auf die Größe der Aufgabe und den Zugschnitt vieler Verantwortungsträger angemessen. Denn die natürlichen Reflexe vieler bewährter Führungskräfte in Politik und Streitkräften weisen eine andere Richtung. Sie werden wieder die Rasenmäher tiefer legen wollen, ohne die Chancen und auch die Verantwortung des Neuanfangs zu begreifen.

Die Beiträge dieser Denkwürdigkeiten liefern Denkanstöße und Orientierungspunkte für die nun losbrechende Diskussion.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

2 Bündnis trotz Krise

atlanticus

6 Does Germany need a National Security Council?

Maxim Worcester

7 Der Afghanistan- Einsatz: Bedeutung, Bilanz und Lessons Learned

Winfried Nachtwei

10 Die Wehrpflicht "aussetzen"?

Dr. Klaus Wittmann

THEMEN

Bündnis trotz Krise

Das neue Strategische Konzept der NATO und die Perspektiven der atlantischen Koalition

Wer wenige Monate vor dem NATO-Gipfel in Lissabon einen sicherheitspolitischen Ausblick wagt, der tut dies in unübersichtlichem Gelände. Welche Folgen wird die fortdauernde Finanz- und Wirtschaftskrise für die militärische Leistungsfähigkeit wichtiger Akteure haben? Wie lange kann Washington die kräftezehrenden Interventionen im Mittleren Osten durchhalten? Und vor allem: Wird sich die NATO trotz eines möglichen Fehlschlags in Afghanistan als lebensfähig erweisen?

Seriöse Prognosen können sich nur auf Strukturen und Prozesse, nicht auf Ereignisse beziehen. Auch müssen sie sich vor Spekulationen zu hüten. Dies gilt nicht zuletzt angesichts der dramatischen Entwicklung, die seit 2008 die internationalen Finanzmärkte nachhaltig in Mitleidenschaft zieht. Vor ihrem Hintergrund erscheint es ratsam, die künftigen Grundlagen bündnispolitischer Kooperation, die im neuen Strategischen Konzept der Atlantischen Allianz gelegt werden sollen, mit pragmatischer Behutsamkeit zu erörtern. Ein erweiterter politischer Kontext und historische Erfahrungen können dabei hilfreich sein.

Atlantisches Bündnis oder amerikanische Hegemonie?

Ein folgenschweres Ereignis kündigte zu Beginn des 21. Jahrhunderts tiefgreifende Veränderungen an: Am 11. September 2001 trat erstmals der Bündnisfall gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages ein. Diese historische Zäsur entsprach jedoch nicht dem seit 1949 maßgeblichen Szenario, das von einem sowjetischen Angriff auf einen europäischen Bündnispartner ausging, sondern war unmittelbare Folge terroristischer Großangriffe gegen strategische Infrastruktureinrichtungen der USA.

In dieser Situation ließ Washington keinen Zweifel daran, dass

die sofort erklärte Unterstützung der europäischen Partner – der Bundeskanzler sprach von „uneingeschränkter Solidarität“, der deutsche Verteidigungsminister von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch – nur symbolische Bedeutung besaß. Nicht das atlantische Bündnis sollte den Auftrag der Koalition definieren oder gar gemeinsam Entscheidungen treffen, sondern je nach Lage sollten, so der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, unter amerikanischer Führung coalitions of the willing spezifischen US-Interessen dienen.

Folgerichtig reiste zur entscheidenden Sitzung des NATO-Rats nur der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Paul Wolfowitz an. Anschließend wurde die Diskussion über strategische und operative Fragen nicht in atlantischen Gremien und integrierten Stäben, sondern in den USA geführt. Als U.S. Central Command (CENTCOM) im Herbst 2001 von Florida aus die zunächst so erfolgreich verlaufenden Operationen gegen Taliban und al Khaida in Afghanistan leitete, fristeten eilig nach Tampa entsandte Vertreter der Bündnispartner als Beobachter am Rande ein Schattendasein.

Jenseits des Nominalwerts offizieller Bündniserklärungen werfen solche Erfahrungen und die seither von unterschiedlichen Koalitionen im Irak und in Afghanistan geführten Interventionskriege kritische Fragen auf. Haben etwa die demokratisch gewählten Parlamente Europas nur noch die Aufgabe, die Entsendung von Truppenkontingenten zu billigen, deren Auftrag und Umfang zuvor in Washington definiert wurde? Der völkerrechtlich formal gleichberechtigten Stellung der Koalitionspartner wird zumindest in der europäischen Öffentlichkeit mit Blick auf die Einsatzwirklichkeit immer häufiger entgegengehalten, seit 2001 sei an die Stelle gemeinsamer sicherheitspolitischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung die amerikanische Hegemonie getreten. Diese Wahrnehmung erklärt eine wachsende Distanz weiter Bevölke-

rungskreise zum westlichen Bündnis. Im Vorfeld der Londoner Afghanistankonferenz Anfang 2010 geäußerte Bedenken, die Veranstaltung laufe Gefahr, zu einer reinen "Truppenstellerkonferenz" zu werden, spiegeln ein weit verbreitetes öffentliches Unbehagen angesichts reduzierter sicherheitspolitischer Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten demokratisch legitimierter europäischer Parlamente und Regierungen.

Erfahrungshorizonte

In einer solchen Situation kann die historisch erweiterte Betrachtung bündnispolitischer Strukturveränderungen dazu beitragen, aktuelle Problemstellungen besser zu erfassen. Spätestens seit dem frühen 19. Jahrhundert gehört das Bemühen, auf zeitgeschichtlich fundierter Grundlage Einsichten in Motive und Verfahren bündnispolitischer Entscheidungsfindung zu gewinnen, zum festen Bestand praxisbezogener politischer Theorie. Die preußischen Militärreformer und politischen Denker Scharnhorst und Clausewitz markieren dabei zumindest in Deutschland Ausgangs- und Höhepunkt einer Ideenbewegung, die den Einsatz militärischer Gewalt im Bündnisrahmen nicht unreflektiert als Zufall und Selbstzweck hinnimmt, sondern sie als Ergebnis komplexer Prozesse und reflektierter Entscheidungen sorgfältig untersucht.

Diese Analyse erfasst nicht zuletzt Grundfragen der Koalitionsbildung und -kriegsführung. Seit der Auseinandersetzung mit dem revolutionären und napoleonischen Frankreich waren im Ringen großer Mächte Koalitionskriege der Regelfall, Duellkriege wie der deutsch-französische Krieg von 1870/71 oder der russisch-japanische Krieg von 1904/05 bildeten die Ausnahme. In den großen weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts standen sich jeweils Mächtegruppierungen gegenüber: die Entente gegen die Mittelmächte, die Achse gegen die Alliierten, die Atlantische Allianz gegen den Warschauer Pakt.

Auch die USA bemühten sich nach 1945 stets, ihre Kriege gegenüber der eigenen und der internationalen Öffentlichkeit als Koalitionskriege darzustellen. Das galt für den als VN-Operation geführten Korea-Krieg ebenso wie für den Vietnam-Krieg. Die Befreiung Kuweits wurde 1991 als „Golfkriegskoalition“ unter symbolischer Beteiligung arabischer Verbände und unter nominellem Oberbefehl eines saudischen Prinzen geführt. Für die Irak-Operation des Jahres 2003, die mit der Besetzung des geopolitisch und energiewirtschaftlich zentralen Zweistromlandes endete, wurde von Washington eine coalition of the willing gebildet, die über die Tatsache hinweg führen sollte, dass der Krieg ohne ein Mandat der Vereinten Nationen und außerhalb der NATO geführt wurde.

In Krise und Konflikt betrachten Freund und Feind die Motive und Praxis der Koalitionsbildung genau. Dabei fällt auf, dass vor allem die preußisch-deutsche Kriegstheorie eine ausgeprägte Skepsis gegenüber Koalitionen an den Tag legte. Nicht zuletzt die unentschlossen geführte und am Ende kläglich gescheiterte „Campagne in Frankreich“, die Goethe als Zeitzeuge anschaulich beschrieb, veranlasste Scharnhorst und Clausewitz zur Folgerung, in Koalitionen erweise sich das jeweilige Eigeninteresse der Partner regelmäßig als das bestimmende Element. Koalitionen seien nicht von Dauer, sondern zweckbestimmt und zeitlich begrenzt.

Koalitionsbruch, Koalitionswechsel und Separatvereinbarungen mit dem Gegner gehören zum Erfahrungsschatz und theoretischen Rüstzeug eines sicherheitspolitischen Denkens, das die Interessengegensätze zwischen Koalitionspartnern gelegentlich sogar für spannungsvoller und konfliktträchtiger hält als die Beziehungen zu Neutralen oder potentiellen Gegnern. Als Alternative zur mühseligen Koalitionsabstimmung wurde daher vor allem in Deutschland unter Berufung auf Scharnhorst und Clausewitz die hegemoniale Führung einer geis-

tig und materiell überlegenen Macht gefordert und praktiziert: Weder die mit Preußen 1870/71 durch Schutz- und Trutzbündnisse verbundenen süddeutschen Klein- und Mittelstaaten noch Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich oder gar Italien und die anderen Satelliten des 2. Weltkriegs wurden von Berlin jemals als gleichwertige Verbündete und Koalitionspartner behandelt. Lediglich Japan, das seinen ostasiatischen Parallelkrieg eigenständig plante und führte, wurde als politisch und militärisch ebenbürtiger Achsenpartner respektiert.

Washington agiert heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiter auf der Grundlage vergleichbarer, historisch gewachsener Überlegungen und Gedanken. Die Gründerväter der USA beobachteten Ende des 18. Jahrhunderts die wechselnden Bündnisconstellationen europäischer Mächte ebenso kritisch wie die preußischen Reformer. Aus sicherer Distanz analysierten sie kühl die Schwächen und Risiken der europäischen Koalitionskriegsführung und warnten ihre Mitbürger und künftige Generationen eindringlich vor der Verstrickung in Allianzen, die nicht den Interessen der USA dienten.

Ebenso wie die Preußen seit den Befreiungskriegen verbinden die politisch-militärischen Führungsschichten der USA seit ihrem erfolgreichen Unabhängigkeitskrieg und bis heute Machtanspruch mit Sendungsbewusstsein. Wenn zur Durchsetzung politischer Absichten militärische Mittel eingesetzt werden, dann hat dies zur Wahrnehmung eigener Interessen und zur Verwirklichung amerikanischer Leitbilder zu erfolgen. Sicherlich können zur Erreichung eines angestrebten Ziels zweckentsprechende Koalitionen mit anderen Staaten und Mächten gebildet werden. Aber niemals sollen Verbündete den USA das Gesetz des Handelns vorschreiben. Seit Washington und Jefferson gilt die Maxime: Beware of entangling alliances!

Was hält Bündnisse zusammen?

Wenn Koalitionspartner primär Eigeninteressen unterschiedlicher Intensität verdeckt oder offen verfolgen, dann bleibt zu fragen, welche Faktoren geeignet sind, Bündnisse über einen längeren Zeitraum hinweg zusammenzuhalten. Diese grundsätzliche Frage stellt sich vor allem nach der Überwindung des gemeinsamen Feindes. Und sie bestimmt bis heute die Diskussion um die Zukunft der Atlantischen Allianz, die mit dem am 17. Mai 2010 vorgestellten Bericht einer Expertengruppe um die frühere amerikanische Außenministerin Madeleine Albright im Vorfeld des Lissaboner Gipfels neue Impulse erhalten hat.

Dieser Bericht tritt der Überlegung, der Bündniszweck sei mit der Auflösung des Warschauer Pakts vor zwei Jahrzehnten entfallen, mit dem pragmatischen Hinweis auf die Multifunktionalität des Bündnisses entgegengetreten. Dieser Gedanke durchzieht wie ein roter Faden die konzeptionellen Überlegungen zum neuen Strategischen Konzept. Die Initiatoren der atlantischen Koalition in London und Washington betrachteten die NATO von Anfang an als eine Mehrzweckkoalition, die eben nicht nur die Sowjetunion eindämmen und abschrecken sollte. Bis heute verfolgen sie das Ziel, mit Hilfe des Nordatlantikvertrages ihre politisch-militärische special relationship zu pflegen. Aus atlantisch-maritimer Perspektive wollen London und Washington im Rahmen der NATO verhindern, dass das in der Europäischen Union organisierte Wirtschafts- und Wissenschaftspotential zum Bestandteil oder Fokus einer kontinentalen Koalition wird, die sicherheitspolitisch eigenständig wirken kann. Gleichzeitig lassen sie sich von der Vorstellung leiten, das kontinentaleuropäische Potential falls möglich und erforderlich im eigenen Interesse strategisch nutzen zu können.

Gelegentlich wurde in der Vergangenheit erwogen, an die Stelle solch nüchtern kalkulierter Zweckkoalitionen Allianzen treten

zu lassen, die auf Dauer durch gemeinsame Werte verbunden sein sollten. Einen vom romantischen Zeitgeist getragenen Versuch unternahm etwa nach der Niederlage Napoleons die Monarchen Russlands, Preußens und Österreichs. Nicht einzelstaatliche Machtinteressen sollten die Grundlage ihres Zusammenwirkens bilden, sondern eine von höheren Werten bestimmte dauerhafte Ordnung, eine „Heilige Allianz“, die sich allerdings als Wunschbild erwies.

Kein romantischer Überschwang, sondern demokratisch-liberale Impulse veranlassten während des Kalten Krieges dazu, die NATO als Atlantische Allianz in den Rang einer sakrosankten Wertegemeinschaft zu erheben. Dabei traf diese Selbsteinschätzung zumindest zeitweise angesichts der Mitgliedschaft von Diktaturen an der Südost- und Südwestflanke des Bündnisses nur bedingt zu. Da aber gleichzeitig der Warschauer Pakt zu einer sozialistischen Wertegemeinschaft stilisiert und in propagandistischer Darstellung als militärischer Ausdruck internationaler proletarischer Solidarität überhöht wurde, war die öffentliche Selbstdarstellung der NATO im Rückblick durchaus verständlich, wirksam und erfolgreich.

Die Analyse der Ursachen für den Zusammenhalt der NATO und den Zerfall des Warschauer Pakts erfasst daher auch die Motive und Interessen jener Personengruppen, die über Jahrzehnte hinweg in den beiden ideologisch und militärisch rivalisierenden Allianzen die Strukturen und Entscheidungen des jeweiligen Bündnisses stützten und gestalteten. Der kritische Vergleich legt die Folgerung nahe, dass sich die privilegierten Kader und Funktionäre der kommunistischen Parteiapparate des Warschauer Pakts am Ende als insgesamt weniger belastbar und unbeweglicher erwiesen als die politischen Führungskreise und gesellschaftlichen Unterstützergruppen der Atlantischen Allianz.

Die ökonomisch leistungs- und politisch artikulationsfähigen obe-

ren Mittelschichten der atlantischen Anrainerstaaten sahen eben nicht nur ihre immateriellen Werte durch den Marxismus-Leninismus bedroht, sondern vor allem und in erster Linie ihre vitalen, materiellen Eigeninteressen durch die atlantische Koalition geschützt. Sie bewiesen in kritischen Lagen, etwa während der Nachrüstungsdebatte Anfang der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, ein bemerkenswertes, flexibles Stehvermögen. Gleichzeitig mussten ihre östlichen Gegenspieler erkennen, dass ein Festhalten an der von Moskau dominierten Bündnisstruktur und ihrer starren Ideologie eigenen Individual- und Gruppeninteressen widersprach. Das galt nicht zuletzt für die miteinander rivalisierenden nationalen Führungsgruppen innerhalb des sowjetischen Vielvölkerstaates. So schwächte sich der Zusammenhalt der kommunistischen Eliten und ihrer nützlichen Helfer. Ihre Netzwerke und Verbindungen lösten sich auf, bis der Warschauer Pakt und die Sowjetunion zerfielen. Am Ende ging jeder seine eigenen Wege.

Zukunftsperspektiven

Richtet sich der Blick in die Zukunft, dann lassen sich für den Lissaboner NATO-Gipfel 2010 zumindest einige vorsichtige Prognosen wagen. Nach der Sommerpause wird der NATO-Generalsekretär einen eigenen Entwurf für das im November von den Staats- und Regierungschefs zu verabschiedende neue Strategische Konzept vorlegen, wobei abzuwarten bleibt, in welchem Umfang der von den Experten um Madeleine Albright am 17. Mai vorgelegte Bericht berücksichtigt werden wird. Zumindest wird dieses durchdacht formulierte Dokument die koalitionsinterne Konsensbildung vorstrukturieren und erleichtern.

Der Text relativiert insgesamt die im Vorfeld des Irak-Krieges und während der Diskussion um eine gemeinsame Strategie im Schwarzmeerraum deutlich gewordenen Bewertungs- und Interessenunterschiede der Bündnispartner. Gleichzeitig versucht er, den Gegensatz zwischen dem In-

teresse Washingtons, die NATO als Arsenal und Finanzquelle amerikanischer Politik im Greater Middle East zu nutzen, und dem Anliegen europäischer Partner, eine atlantische Rückversicherung gegenüber Russland zu behalten, durch die Betonung der Multifunktionalität des Bündnisses zu überbrücken.

Doch wird es gelingen, vor und in Lissabon die wesentlichen, in der Öffentlichkeit kritisch diskutierten Fragen überzeugend zu beantworten? Taugt die NATO wirklich als Interventionskoalition für den Mittleren Osten? Wo sind die Grenzen der Bündnissolidarität? Voraussichtlich wird daher das in Lissabon zu verabschiedende Strategische Konzept das historische Schicksal vergleichbarer Absprachen teilen: Die Koalitionspartner werden den Text als wesentliche Referenzgrundlage betrachten und interpretieren, gleichzeitig aber versuchen, das Strategische Konzept künftig situationsgerecht in ihrem Sinne zu interpretieren und zu nutzen.

Denn seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die NATO dem klassischen Modell einer Koalition genähert, in der militärpolitische Entscheidungen von den Mitgliedstaaten jeweils nach dem aktuellen innen- und außenpolitischen Kalkül getroffen werden. Selbst traditionell atlantisch orientierte Mitgliedstaaten wie die Niederlande und Kanada ziehen sich aufgrund innenpolitischer Erwägungen aus Afghanistan zurück. Die Türkei, im Hinblick auf den Nahen und Mittleren Osten ein zentraler Bündnispartner, verfolgt in Richtung Irak und Iran konsequent eigene Interessen. Ist also ein dauerhaft tragfähiger atlantischer Konsens zu neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Einsätzen außerhalb des Bündnisgebietes absehbar? Oder wird nicht die rasch gestiegene Zahl der Partner ihren Teil dazu beitragen, den Zusammenhalt der Gesamtkoalition weiter zu schwächen und Koalitionen in der Koalition zu fördern? Der Trend, coalitions of the willing den Vorzug vor langfristigen entangling alliances zu geben, wird sich voraussichtlich ungeachtet des neuen Stra-

tegischen Konzepts im Bündnis noch stärker durchsetzen.

Diese Entwicklung wird sich nicht von den fortdauernden Wirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise trennen lassen. Bereits heute sind in nahezu allen Mitgliedstaaten der Atlantischen Allianz einschneidende Budgetkürzungen unabweisbar. Die Verteidigungshaushalte sind davon besonders betroffen. Nicht zuletzt die USA, Ausgangs- und Schwerpunktland der Krise, werden angesichts unverändert kostspieliger Interventionen im Irak und in Afghanistan sowie ihrer weiter wachsenden Haushalts- und Außenhandelsbilanzdefizite in ihrem sicherheitspolitischen Handlungsspielraum zunehmend beschränkt. Für jede US-Administration sind diese Trends Grund genug, von ihren Koalitionspartnern je nach vermuteter Leistungskraft immer wieder und mit wachsendem Nachdruck erhöhte Anstrengungen und Beiträge zu fordern.

Geopolitische Dynamik, eingeschränkte Optionen

Welche Faktoren werden also künftig die NATO als sicherheitspolitisches Zweckbündnis der nordamerikanischen und europäischen Atlantikanrainer zusammenhalten? Viel spricht dafür, dass es weiter die vitalen Eigeninteressen der wichtigsten Partner sind, die in der globalen Konstellation des 21. Jahrhunderts keine realistische Alternative zur atlantischen Koalitionsbildung haben. Zwar sind die USA nicht nur eine atlantische, sondern auch eine pazifische Macht. Aber dennoch haben sie außerhalb des atlantischen Bereichs keine überzeugende Bündnisoption. Auf der gesamten eurasischen Landmasse verfügen sie, sieht man von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und – politisch und räumlich höchst beschränkt – von Israel und Südkorea ab, über keine sicherheitspolitisch wirkungsvollen Verbündeten.

Schon heute weisen die ökonomische Dynamik des ost- und südasiatischen Raumes und der rasche politisch-militärische Auf-

stieg Chinas darauf hin, dass der amerikanische Kräfteverzehr in Afghanistan und Irak begleitet wird von regionalen Kräfteverschiebungen globaler Auswirkung. Während sich Washington im nordatlantischen Bereich einschließlich des Ostsee- und Mittelmeerraumes noch auf eine breite Koalitionsbildung europäischer Tradition stützen kann, verfügen die USA im pazifischen Bereich nur über bilateral begrenzte Vereinbarungen geringerer Flexibilität und Belastbarkeit. Diese Asymmetrie ihrer Bündnisbeziehungen ist auch jenen amerikanischen Politikern, die wie Präsident Obama nach Herkunft und Lebensweg die post-atlantische Epoche amerikanischer Sicherheitspolitik verkörpern, bewusst: Die USA haben keine Alternative zur Atlantischen Allianz.

Dies sollte nicht vergessen werden, wenn gelegentlich über eine G 2 Partnerschaft Washingtons und Pekings, also über eine Große Koalition im Weltmaßstab, geredet und spekuliert wird. Sie ist ebenso unwahrscheinlich wie geopolitische Schreckszenarien, die eine stärkere Hinwendung wichtiger EU-Mitgliedstaaten zur Shanghai Cooperation Organization (SCO) an die Wand malen. Für Peking bleibt jeder Vorschlag einer G 2 Partnerschaft, vor allem wenn er in Washington formuliert wird, mit der inakzeptablen Vorstellung verbunden, in einer solchen Koalition den Juniorpartner spielen zu müssen. Bereits in einer wesentlichen schwierigeren Phase seiner politischen und wirtschaftlichen Entwicklung hat China diese Rolle entschieden zurückgewiesen und die weltrevolutionäre Koalition mit Moskau beendet.

Im 21. Jahrhundert wird Peking konsequent eine eigene globale Strategie verfolgen, die auf ein multipolares System abzielt, in dem China die zentrale Rolle zu spielen gedenkt. Angesichts dieser chinesischen Leitvorstellung wird der Chimäre einer G 2 Koalition in Washington von keinem Verantwortungsträger ernsthaft gefolgt. Stattdessen ist zu erwarten, dass die USA versuchen werden, das wachsende Gewicht

Pekings weltweit durch eine engere Abstimmung mit Indien, der Russischen Föderation, Japan, den Staaten Südostasiens und der Europäischen Union auszugleichen. Die von den USA nach dem Zerfall der Sowjetunion erreichte, welthistorisch einmalige Sonderposition wird ohne eine kluge Anpassung an die veränderte weltpolitische Lage nur mit großer Mühe zu behaupten sein.

Globaler Wandel, europäische Interessen

Diese Erkenntnis lässt aber auch deutlich werden: Ebenso wie die USA verfügt die Europäische Union über keine seriöse koalitionspolitische Alternative zur Atlantischen Allianz. Es gehört zu den ernüchternden Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte, dass es Europa nach dem Ende des Kalten Krieges nicht gelungen ist, sicherheitspolitisch zu einem eigenständigen, handlungs- und durchsetzungsfähigen Akteur zu werden. Ebenso wie Deutschland ist die EU zwar bündnisaber nicht führungsfähig. Sie konnte weder auf dem Balkan noch im Nahen und Mittleren Osten überzeugende Beiträge zum Krisen- und Konfliktmanagement leisten. Kläglich verliefen selbst bescheidene Versuche, die EU-Administration in Mostar oder den Polizeiaufbau in Afghanistan durch europäische Polizeikontingente zu unterstützen. Weder im europäischen noch im nationalen Bereich sind heute verbesserte Entscheidungsstrukturen erkennbar, die an diesem Befund etwas ändern könnten: Verlauf und Ergebnisse des Lissabon-Prozesses haben die EU sicherheitspolitisch nicht gestärkt, sondern eher geschwächt. Frankreich hat aus dieser Entwicklung Konsequenzen gezogen und ist 2009 in die militärischen Strukturen der Atlantischen Allianz zurückgekehrt.

Angesichts unübersehbarer, ökonomisch und demographisch induzierter Machtverschiebungen wird es für die Europäer darauf ankommen, in einer vergleichsweise stabilen sicherheitspolitischen Koalition ihre eigenen vitalen Interessen zu wahren. Deren harter strategischer Kern lässt

sich etwa für die Bundesrepublik wie folgt definieren: Deutschland verdankt seine volkswirtschaftliche Leistungs- sowie außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit seiner Exportstärke im Automobil- und Maschinenbau sowie der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Trotz der rasch zunehmenden Bedeutung wichtiger Absatzgebiete in Süd- und Ostasien bleiben Westeuropa und die USA auf absehbare Zeit die wichtigsten deutschen Märkte. Auch werden in den nächsten Jahrzehnten die militärpolitisch unter einem de facto Protektorat der USA stehenden arabischen Staaten der Golfregion trotz aller Diversifizierung ihre Bedeutung als Energielieferant und Absatzmarkt für Deutschland nicht verlieren. Diese Interessenvernetzung über den Atlantik hinweg hat auch in Zukunft die Grundlage jeder rational gesteuerten, an deutschen sowie europäischen Interessen orientierten Bündnispolitik zu bilden.

Diese Schlussfolgerung darf nicht als schlichter Ökonomismus missverstanden werden, der je nach individuellem Standort den Vorrang wirtschaftlicher Interessen gegenüber staatlichem Handeln fordert oder beklagt. In Sicherheits- und Bündnisfragen geht es nicht um branchen- oder unternehmensspezifische Anliegen, sondern um politische Entscheidungen gesamtstaatlicher Relevanz. Als strategische Maxime gilt hier die alttestamentarische Weisheit, dass der Reiche über den Armen herrscht und der Schuldner zum Knecht des Gläubigers wird. Ökonomische Stärke, wissenschaftliche und militärische Koalitionsfähigkeit bleiben unabdingbare Freiheitsgarantien: Im 21. Jahrhundert entscheiden sie als zentrale Machtfaktoren über die politische Stellung eines Staates in der Welt. Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, international konkurrenzfähige akademische Standards, Internetfreiheit und -sicherheit sind unverzichtbare Voraussetzungen für Wohlstand und Stabilität moderner, demokratischer Gesellschaften.

Verstanden als schützende und gestaltende Daseinsvorsorge muss deutsche Sicherheitspolitik bei der Formulierung bündnispolitischer Ziele neben engen militärischen und tagespolitischen Erwägungen stets weiterwirkende Faktoren und Langzeitinteressen im Auge behalten. Dazu gehört die Energiesicherheit ebenso wie die wissenschaftliche Kooperationsfähigkeit, die in sensiblen Hochtechnologiebereichen nur unter vertrauenswürdigen Partnern möglich ist. Eine Weltfinanzarchitektur, die internationale Wirtschaftskrisen wie die der Gegenwart beherrschbar machen soll, kann nur auf dem breiten Fundament gemeinsamer, auch und nicht zuletzt sicherheitspolitischer Interessen gelingen. Solche Einsichten führen zur abschließenden Prognose, dass europäische Konsensbildung und ein die Interessen der Europäischen Union wahrendes Management der atlantischen Koalition vor und nach dem Lissaboner NATO-Gipfel im Zentrum deutscher Politik stehen werden.

atlanticus

THEMEN

Does Germany need a National Security Council?

On the very first day of the new British Government Prime Minister David Cameron chaired a meeting of the newly established National Security Council. The meeting was attended by the new National Security Advisor, the Deputy Prime Minister, Chancellor of the Exchequer, Foreign Secretary, Home Secretary, Defence Secretary, Secretary of State for International Development, Minister for Security, Minister for the Cabinet Office, Cabinet Secretary, Chief of the Defence Staff, Chair of the Joint Intelligence Committee, Director General of the Security Services and the Director of GCHQ.

The formation of this body is a part of the Governments Unified Security Approach and takes into account the changing threats faced by the UK following the two Iraqi Wars, the war in Afghanistan and the continued threat of terrorist and Cyber attacks in the UK. The National Security Council will be responsible for all national security policy decisions. It also has a brief to draw up and implement a National Security Strategy and to oversee a Strategic Defence and Security Review that implements the new strategy.

This new and integrated approach to national security will bring some significant changes to the rather haphazard approach the previous Government adopted. Emphasis will be on reducing the need for military intervention by building a capacity for preventative action and a more integrated approach to post-conflict resolution. It will also focus on border security and cyber security, threats which were widely ignored in the past. It will also focus on strengthening the country's critical infrastructure, food security and security of energy supplies.

Chancellor Merkel has in principle long wanted to establish a similar body which would more effectively identify and mitigate risks to the country. It would replace Bundessicherheitsrat, a body in which the Military is not fully represented, in spite of its name. The establishment of a US style German National Security Council is strongly opposed by the SPD. In a speech on 5th May 2008 the then Foreign Minister, Frank-Walter Steinmeier, argued that such a step would not be a path to the future, but rather a step back to the past. He argued that the US National Security Council suppressed all counterarguments to the Iraq war in 2003. Other senior Social Democrats oppose the plans as this would wrestle policy away from the Foreign Ministry and favour the chancellery. Unsurprisingly, the Greens oppose any such move as it would dramatically redefine the role of the Bundeswehr and that sending German soldiers to war for oil and

water could not be the answer to global crises and global warming. Guido Westerwelle, at the time in opposition, believed that such a step would massively shift and damage German Foreign Policy and that it could be used as an initial step in allowing the domestic deployment of the Bundeswehr, a plan which the FDP has long rejected.

We are now well into a new government in Germany and there is no sign of the Coalition addressing this thorny issue. The problems Germany is facing are very similar to those the UK faces. Both countries are major trading nations and are threatened by disruption of supply chains. Both are importers of energy and are dependent upon stability in the regions which supply oil and gas. Both nations are involved in an ever escalating war in Afghanistan and both the UK and Germany are facing budget cuts in their respective defence budgets which need to be taken without unnecessarily reducing the effectiveness of their armed forces. Yes, it is easier for the UK to introduce a National Security Council. Britain does not carry the same baggage of history, nor does it have a Basic Law or a Federal Structure which makes such a decision complex and difficult.

Complexity and difficulty should however not be a reason to postpone the decision to form a National Security Council in Germany. The Government should realise that foreign and domestic policy are not separate when considering national security. They are linked and should be considered together and furthermore, German foreign policy should promote national security. Furthermore, effective security is a competitive advantage in today's global economy.

The Bundessicherheitsrat as it stands today has changed little from when it was formed out of the Bundesverteidigungsrat in 1969. The world has changed, however, and today's threats are more complex than they were in the days of East-West confronta-

tion. Urban terrorism, Cyber attacks, supply chain security, transnational crime and asymmetric warfare are new threats which need to be confronted with a new and integrated approach.

Germany needs a National Security Council along the lines of the newly established model in the UK. Such a body should draw on all Ministries involved, reflecting the increased complexity and interconnectivity of the risk faced by the country. It needs to address thorny issues such as the future role of the Bundeswehr and should map the national interests against the risks the country faces and develop strategies to mitigate such risks. Such a body needs parliamentary oversight and needs to ensure that proposed security measures do not in any way compromise civil liberties. Such a body would provide the Government with a much clearer sense of direction as it would address national security issues for what they are, not as a particular Ministry sees or perceives them. A German National Security Council would also help narrow the gap between rhetoric and action which has been the hallmark of the Governments National Security Policy since it was elected.

Maxim Worcester, Berlin

Maxim Worcester is Senior Advisor at ISPSW, Berlin. Before, he was Senior Manager for Advisory Forensic at KPMG International. In the past he was Managing Director of Control Risks Germany, and held senior positions at the Economist Intelligence Unit, the Frankfurter Allgemeine Zeitung and Deutsche Börse AG.

Opinions expressed in this contribution are those of the author.

This contribution was first published in the ISPSW Institute for Strategic, Political, Security and Economic Consultancy, Berlin, www.ispsw.de

THEMEN

Der Afghanistan-Einsatz: Bedeutung, Bilanz und Lessons Learned

Bedeutung

Das geflügelte Wort von der „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ ist verkürzt und irreführend. In Afghanistan geht es nicht um die Existenz der Bundesrepublik Deutschland, sondern um zentrale internationale Sicherheitsinteressen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bewertet die Verhältnisse bzw. Risikopotenziale in Afghanistan schon seit 1999 als Bedrohung von internationalem Frieden und Sicherheit. Nur eine oberflächliche Bedrohungsanalyse kann aber behaupten, die Taliban seien eine direkte Bedrohung für deutsche nationale Sicherheit.

Abgesehen von der Eurokrise ist Afghanistan die bisher größte Herausforderung für bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik, vor allem in ihrem Verständnis als Friedenspolitik: im Hinblick auf die Komplexität, die materiellen Kosten, politischen Risiken – und – erstmalig – die menschlichen Opfer.

Erstmalig seit Bestehen der Bundeswehr befinden sich Bundeswehrsoldaten in Kampfeinsätzen gegen Aufständische. Erstmalig werden Bundeswehrsoldaten im Kampf getötet, körperlich und psychisch verwundet, erstmalig töten und verwunden sie. Ein Ende ist nicht absehbar.

Ein Scheitern des ganzen internationalen Einsatzes ist möglich, nach Einschätzung mancher Landeskenner sogar wahrscheinlich.

Ein Scheitern hätte aller Voraussicht nach desaströse Folgen:

- für die Menschen in Afghanistan, vor allem die für mehr menschliche Sicherheit und Menschenrechte Engagierten,
- für die regionale Sicherheit vor allem im Hinblick auf Pakistan, Zentralasien,

- für internationale Sicherheit, für eine Politik kollektiver Friedenssicherung und Verantwortung im Rahmen der Vereinten Nationen und NATO.

Schon jetzt ist der Afghanistan-Einsatz eine enorme Belastungs- und Bewährungsprobe für die Innere Führung und das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform.

Bilanz

Das methodische Handicap ist notorisch und selbstverschuldet: Es gibt seit Jahren keine systematische Wirksamkeitsbewertung des Afghanistan-Einsatzes – wie von Bundeswehreinheiten generell. Die Bundesregierung liefert überwiegend Input-Berichte, höchstens Teilevaluierungen, keinerlei integrierte Bilanzen. Die vorgelegten politischen Bilanzen bleiben zu pauschal und sind von einem Interesse an Selbstrechtfertigung geprägt.

Nichtsdestoweniger sind Einzelergebnisse erkennbar:

- Der militärische Kernauftrag, zu einem sicheren Umfeld beizutragen, wurde höchst unterschiedlich realisiert. Zwischen dem Distrikt Sangin oder Nad Ali in Helmand im Süden und der Provinz Balkh im Norden liegen Welten.
- Im Norden gelang eine Gewalteinämmung zumindest bis 2007. Die methodisch seriöse Untersuchung von Forschern der FU Berlin in Takhar und Kunduz ermittelte Anfang 2007 höchste Zustimmungswerte in der Bevölkerung zum internationalen Entwicklungs- und Militäringagement. Wirksame Gewalteinämmung bedeutet, dass viele Menschen vor Tod, Verwundung, Verlust von Hab und Gut, vor Flucht bewahrt wurden. Allerdings sind diese Wirkungen weder quantifizierbar noch sichtbar. Seit 2007 ist die Entwicklung gespalten: In der Mehrzahl der neun Nordprovinzen ist die Lage noch relativ ruhig, ist Entwicklung möglich. Dagegen hat die frühere Hoffungsprovinz Kunduz mit der südlich anschließenden Provinz Baghlan einen regelrechten Absturz erlebt. Von den 123 Distrikten

des Nordens gelten acht als Guerillakriegsgebiete, sieben davon in diesen beiden Provinzen.

- Landesweit soll es 20.000 bis 30.000 bewaffnete Kämpfer als Kern geben, dazu ein weiter, dem militanten Widerstand nahe stehender Personenkreis von mehreren 100.000, darunter ein signifikanter Anteil der paschtunischen Gesellschaft.
- Wo die Zahl der Sicherheitsvorfälle weiter rapide steigt, wo die Zonen relativer Sicherheit und Zugänglichkeit schrumpfen, da kann insgesamt von Erfüllung des militärischen Auftrags immer weniger die Rede sein.
- Ein zentraler Indikator für Aufbau und Entwicklung ist die Kindersterblichkeit. 2003 lag sie bei 257 auf 1.000 Kinder bis 5 Jahre, 2006 bei 191, 2009 bei 156. Das bedeutet im Klartext, dass jährlich Zehntausende Kinder am Leben blieben! Das ist eine große Leistung! Der Vergleich mit der Kindersterblichkeit weltweit (ca. 60), gar Deutschland (ca. 4) zeigt, wie weit zurück Afghanistan als eines der ärmsten Länder der Welt immer noch liegt.
- Bekannt ist, dass heutzutage ca. 7 Millionen Kinder Schulen besuchen, davon ein Drittel Mädchen. 2001 waren es eine Million, nur Jungen. Ein wichtiger Indikator sind Teacher Training Centers, von denen die Bundesrepublik im Norden fünf errichtete. Hier werden jeweils zwischen 1.000 bis 3.000 Studierende und Lehrerinnen und Lehrer aus- und fortgebildet. Bei mehreren Besuchen erlebte ich hier eine bewundernswerte Motivation und ein Engagement für die junge Generation, für das eigene Land.
- Die alljährliche Umfrage von ABC, ARD und BBC ergab im Dezember 2009 einen spektakulären Stimmungsumschwung: 70% sahen Afghanistan auf dem richtigen Weg gegenüber 40% im Vorjahr.
- Von den Kosten und Einsatzfolgen spreche ich hier nur zwei exemplarische Aspekte

an: Im Jahr 2009 verloren im Zusammenhang mit dem „innerstaatlichen bewaffneten Konflikt“ in Afghanistan allein 2.260 Zivilpersonen ihr Leben. Fünf Bundeswehrsoldaten wurden durch Fremdeinwirkung getötet, 19 physisch verwundet, 418 an PTBS Erkrankte registriert.

- Kommunikation, Akzeptanz, Vertrauen: Nachdem der Afghanistan-Einsatz in den ersten Jahren von einer Bevölkerungsmehrheit in Deutschland befürwortet wurde, hat er in den letzten Jahren immer mehr Akzeptanz verloren. Vor allem in der Amtszeit von Verteidigungsminister Jung erlebte die politische Führung auch unter Bundeswehrangehörigen einen Vertrauenseinbruch sondergleichen. Nach allem, was man von deutschen Offizieren aus NATO-Zusammenhängen hört, hat die Bundesrepublik unter Verbündeten massiv an Ansehen und Gewicht verloren. Relativ am besten scheint Deutschland noch bei der afghanischen Bevölkerung angesehen zu sein.

Der deutsche Afghanistan-Einsatz steckt in einer akuten Krise. Nicht wegen der entsandten Soldaten, Polizisten, Entwicklungsexperten und Diplomaten. Diese nehmen nicht nur enorme Belastungen, ja Risiken auf sich. Sie leisten insgesamt Enormes.

Die Hauptverantwortung liegt bei der politischen Führung und ihrem Führungsversagen. Bis heute fehlt es der deutschen Afghanistan-Politik an strategischer Klarheit und Konsequenz, an Offenheit, Ehrlichkeit und Gesicht. Bezeichnend war, dass die Afghanistan-Politik und ihre öffentliche Vertretung überwiegend einem Minister Jung überlassen wurden, dass die Bundeskanzlerin ihre erste Regierungserklärung zu Afghanistan erst im letzten September gezwungenermaßen nach dem Luftangriff von Kunduz kurz vor der Bundestagswahl hielt. Unter dem Primat innenpolitischer Interessen gedieh eine Struktur von Selbsttäuschung, Realitätsverleugnung und Täuschung.

Hieran trug ein Bundestag Mitverantwortung, wo eine Koalitionsmehrheit verlässlich ihre Kontrollpflichten verletzte, wo immer wieder die Kommunikationsart eines Hühnerhaufens praktiziert und überreichlich „friendly fire“ produziert wurde.

Ich frage: Wer in der politischen Führung Deutschlands kämpft eigentlich für einen sinnvollen und verantwortbaren Afghanistan-Einsatz – wo von den entsandten Soldaten selbstverständlich ein Kämpfen bis zum Einsatz ihres Lebens verlangt wird? Wenn hier nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen werden, ist alles Weitere auf Sand gebaut.

Lessons Learned

- (a) Zu allererst brauchen wir mehr **Wirksamkeitsdiskurs** als bloßen Rechtfertigungsdiskurs, mehr Debatte um politische Ziele, Lösungswege und Fähigkeiten statt des ständigen Kreisens nur um Militär-, gar nur um Ausrüstungsfragen. Wir brauchen mehr genaues Hinsehen statt Pauschalwahrnehmungen.
- (b) Ausgehend von einer fundierten Bedrohungs-, Risiko- und – vor allem auch - Chancenanalyse sind **Auftrags- und Zielklarheit** unabdingbar. Die allgemeinen, hehren Ziele müssen in überprüfbare Zwischenziele übersetzt werden. Ohne Machbarkeitsillusionen zu verfallen oder sich im Multilateralismus zu verstecken: Was wollen wir bis wann erreichen? Was ist unsere Road Map?
- (c) Wo ausgehend von gemeinsamen Zielen Kohärenz und Zusammenwirken eine Selbstverständlichkeit sein müssten, darf bei einer Aufgabendimension wie Afghanistan das Ressortprinzip nicht das letzte Wort sein. Planung, Führung und Auswertung brauchen eine **ressortgemeinsame Struktur** – wie zum Beispiel in Kanada. Nachholbedarf in ressortübergreifender Zusammenarbeit gibt es aber nicht nur

auf Seiten der Exekutive, sondern auch auf Seiten des Parlaments. In diesem Zusammenhang bedürfen die zivil-militärischen Beziehungen zügig einer Klärung.

- (d) Überfällig ist ein **integriertes ziviles und militärisches**, soweit wie möglich öffentlich zugängliches **Lagebild mit laufender, unabhängiger Wirksamkeitsevaluierung**. Beispielhaft sind hier die Quartalsberichte der kanadischen Regierung mit ihren sechs Prioritäten und die halbjährlichen „Reports on Progress Toward Security and Stability in Afghanistan“ der US-Regierung an den Kongress. Basis dieser Berichterstattung waren umfassende Bilanzierungen der jeweiligen Einsätze und die Souveränität, eigene politische Fehler zu benennen.

Ohne eine solche Evaluierung gibt es keine realistische und aussichtsreiche deutsche Afghanistan-Politik. Ohne eine ungeschönte Bilanzierung gibt es keine Chance, den Akzeptanz- und Vertrauensverlust zu stoppen, gar umzukehren. Ohne Ehrlichkeit wird deutsche Afghanistan-Politik umso angreifbarer und erpressbarer.

- (e) Der **Primat der Politik**, die Schlüsselaufgabe Förderung von Governance – sie brauchen **Muskeln und Gesicht**. Die Zahl deutscher Polizeiberater und –ausbilder wurde etwas aufgestockt, liegt aber noch weit hinter dem drängenden Bedarf. Ausgesprochen schwach sind bisher die Kapazitäten des Auswärtigen Amtes vor Ort. Dem deutschen Regionalkommandeur Nord war bisher ein Diplomat des höheren Dienstes zugeordnet, zuständig für neun Provinzen, während des Heimaturlaubs ohne Vertretung. Die USA stellen den ISAF-Regionalkommandeuren Senior Civilian Representatives mit Teams von 10 bis 30 Personen zur Seite und setzen das auf der Provinz- und Distriktebene (District Sup-

port Team) fort. Wer im Rahmen der Counterinsurgency-Strategie von USA und ISAF von der Hold- zur Build-Phase kommen will, braucht zivile Kapazitäten für die taktische Ebene. Auf deutscher Seite ist ein civilian surge nicht in Sicht. Um den Rückstand an zivilen Fähigkeiten aufzuholen und die politisch-zivile Seite des Afghanistan-Einsatzes endlich mehr in den Blick zu bekommen, ist eine „umfassende Mandatierung“ des Afghanistaneinsatzes durch den Bundestag nötig.

- (f) Der **Zeitfaktor**: Die Stabilisierung und der Aufbau Afghanistans erfordern Geduld und langen Atem, aber auch zügiges Handeln und konstruktive Ungeduld. Nach Jahren mit vielen vertanen Chancen drängt jetzt die Zeit. Dieses und das nächste Jahr gelten als die letzte Chance, die Dinge in Afghanistan wieder zum Besseren zu wenden. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Bundesregierung dementsprechend handelt.

Winfried Nachtwei, Berlin

Winfried Nachtwei war von 1994-2009 Mitglied des Deutschen Bundestages für die Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik sowie Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Dies ist ein überarbeitetes Statement beim 146. Bergedorfer Gesprächskreis der Körber-Stiftung zum Thema „Die Rolle der Bundeswehr in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“, 28.-30. Mai 2010 in Berlin, Vorsitz: Bundespräsident a.D. Dr. Richard von Weizsäcker

(Zusammenfassung der Gesamtdiskussion unter <http://www.koerber-stiftung.de>)

THEMEN

Die Wehrpflicht "aussetzen"?

Es stimmt: Rasche Einsparungen im Wehretat lassen sich fast nur bei Einberufungszahlen für Wehrpflichtige und bei Wehrübungsplätzen erzielen. Die meisten anderen Ausgaben der Bundeswehr sind durch Gesetze und vertragliche Verpflichtungen festgelegt. Doch muss es erschrecken, dass dem Vernehmen nach nun auch der Verteidigungsminister ein „Aussetzen“ der Wehrpflicht ins Auge fasst. Das wäre eine krasse Kehrtwende von CDU und CSU in einer Grundsatzfrage. Im Rückblick schiene die Nonchalance, mit welcher der „Kompromiss“ zwischen Beibehaltung und Abschaffung, nämlich die Verkürzung der Wehrdienstzeit auf sechs Monate, beschlossen wurde, doch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Wehrpflicht eingeleitet zu haben.

Eins steht fest, was immer die FDP hinsichtlich der jederzeitigen Möglichkeit zur „Reaktivierung“ der Wehrpflicht behaupten mag: „Aussetzen“ kommt einer dauerhaften Abschaffung gleich. Man erinnere sich: Während des Kalten Krieges bestand stets die Besorgnis, im Falle einer Zuspitzung der Bedrohung würden Entscheidungen zur fälligen Mobilisierung nicht rechtzeitig getroffen – aus Furcht, die Gegenseite würde sie als Hinweis auf eine Eskalation auslegen. So lässt sich nur mit äußerster Phantasie eine Situation vorstellen, in der eine deutsche Regierung rechtzeitig die Reaktivierung der Wehrpflicht beschließen würde.

Was hat sich, außer der Finanzlage, in den letzten Monaten geändert – etwa seit Bundeskanzlerin Merkel beim Feierlichen Gelöbnis vor dem Reichstag am 20. Juli 2009 ausrief: „Die Wehrpflicht ist zum Markenzeichen unserer Streitkräfte geworden, um das wir auch international beneidet werden“?

Die Kanzlerin trug nicht zu dick auf, denn keiner der Verbündeten, die in den letzten Jahren die

Wehrpflicht abgeschafft haben, ist dieser Entscheidung froh geworden ist. Ihre Streitkräfte registrieren Überalterung, Senkung der Qualifikationsforderungen sowie erhebliche Kosten für Anwerbung, Fortbildung und soziale Anreizleistungen.

Die Gründe für einen Erhalt der Wehrpflicht bestehen weiter. Das sind nicht vorwiegend die oft genannten Sekundärargumente (Dienst an der Allgemeinheit, Nachwuchsgewinnung und Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft) und schon gar nicht die derzeit beklagten Folgen für den Zivildienst. Es sind die verteidigungs- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkte, die allein die Wehrpflicht als drastischen Einschnitt in die Lebensplanung junger Männer rechtfertigen:

- Das Land in der Mitte Europas hat besondere Verantwortung für die „Grundstabilität“ des Kontinents. Dazu gehört – auch ohne konkrete Bedrohung – Aufwuchsfähigkeit als flexibles Mittel der Krisenbeherrschung, was Wehrpflicht und ein vernünftiges Reservistenkonzept bedingt. Sicherheitspolitik ist auch Vorsorge gegen Unvorhersehbares.
- „Landesverteidigung“ ist im Weißbuch 2006 durch „Schutz Deutschlands und seiner Bürger“ ersetzt worden – konzeptionell noch wenig ausgefüllt, aber mit zahlreichen Aufgaben für Wehrpflichtige, ganz zu schweigen von Katastrophenhilfe.
- Auch die Auslandseinsätze bedürfen der „Freiwillig länger Wehrdienst Leistenden“ (FWDL) sowie der Unterstützung durch Grundwehrdienstleistende im Inland.
- „Wehrpflichtarmee“ ist übrigens keine zutreffende Charakterisierung, besteht doch die Bundeswehr aus einer bewährten Mischung aus Berufs- und Zeitsoldaten, regulär und freiwillig länger Wehrdienst Leistenden sowie Reservisten. Dies wurde bisher als „intelligenter Mix“ betrachtet. Eine reine Freiwilligenarmee wäre entweder erheblich teurer oder – für eine Mittel-

macht wie Deutschland in unangemessenem Maße – kleiner.

Zwar ist zweifelhaft, wie ein sechsmonatiger Wehrdienst seriös ausgestaltet werden kann. Aber es gibt erste Konzepte, und ein Blick in die Schweiz könnte Anregungen liefern, wie sich aus kurzer Dienstzeit Sinnvolles machen lässt (allerdings unter Voraussetzung zweckmäßiger Weiterbildung und Nutzung der Reservisten). Die Wehrpflicht entgegen den bisherigen Beteuerungen aufzugeben wäre jedenfalls noch schlimmer. Und Deutschland sollte sich nicht beeilen, die schlechten Erfahrungen seiner Nachbarn mit der Abschaffung der Wehrpflicht selbst zu machen. Vermutlich würde es sie abschaffen, ohne die immensen Geldsummen aufzubringen, welche beispielsweise die USA für Rekrutierung, Qualifizierung, Familienfürsorge, Berufsattraktivität und Weiterverpflichtung ausgeben. Wie sich dann in wenigen Jahren der Mannschaftsbestand der Bundeswehr zusammensetzen würde, mag man sich nicht ausmalen.

Dr. Klaus Wittmann, Berlin

Dr. Klaus Wittmann ist Brigadegeneral a.D. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Dieser Beitrag wurde erstmalig in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 5. Juni 2010 veröffentlicht.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der pmg

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: +49 (221) 8875920
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der pmg.

